

Prof. Dr. Moritz Mebel, Berlin,

## **Der 65. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus und seine Lehren (Auszug aus seiner Rede auf der Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform, 27.10.2010)**

Liebe Genossinnen und Genossen,

es wäre uns, den Soldaten der Anti-Hitler-Koalition unvorstellbar gewesen, dass 65 Jahre später in Deutschland und in anderen europäischen Ländern wieder Nazis marschieren. Ebenso wenig hätte unsere Vorstellungskraft ausgereicht, uns auszumalen, dass von deutschem Boden wieder Krieg ausgehen würde. Heute sind ca. 7.000 Bundeswehrsoldaten in 10 Ländern eingesetzt. Am 26. Februar dieses Jahres hat der Bundestag mit überwältigender Mehrheit beschlossen, das deutsche Kontingent im Afghanistankrieg um fast 20% auf 5.350 Soldaten zu vergrößern. Die Linksfraktion stimmte geschlossen dagegen.

Ich bin sehr froh darüber.

Kommunistinnen und Kommunisten, Sozialistinnen und Sozialisten können in der Welt von heute nur rigorose Kriegsgegner sein. Die friedenspolitischen Positionen der LINKEN gehen davon aus, ... "aus der herkömmlichen politischen Logik des Denkens und des Handelns in militärischen Abschreckungs-, Bedrohungs- und Kriegsführungskategorien auszubrechen und militärische Gewaltanwendung als Mittel der internationalen Politik strikt abzulehnen".

Doch diese Position ist in der LINKEN nicht unumstritten. Eine Partei, die pauschal Militäreinsätze ablehnt, ist für Regierungsbeteiligung auf nationaler Ebene nicht tauglich. Wer über Regierungsbeteiligung nachdenkt, muss über Militäreinsätze nachdenken. Der Kern der friedenspolitischen Position der LINKEN steht da im Wege. Sie kann aber durchaus Einfluss darauf nehmen, ob in einem Land wie Deutschland, das ein politisches Schwergewicht in der internationalen Arena ist, eine Antikriegsstimmung herrscht oder ob die Bellizisten zunehmend an Einfluss gewinnen. Die LINKE ist die Brücke zwischen der Friedensbewegung und parlamentarischem Widerstand gegen den Krieg. Allerdings ist und bleibt sie nur so lange, wie sie in der Friedensfrage keine Zugeständnisse macht. Wenn sie diese aufgibt, um ein paar Ministerposten in einer Bundesregierung zu erheischen, dann sollte sie auf ihren Namen verzichten. Wer heute friedenspolitische Prinzipien aufgibt, um koalitionsfähig zu werden, ist nicht links, sondern eine opportunistische Ansammlung. Ich bitte Euch, in der bevorstehenden Programmdebatte mit allen in dieser Frage Gleichgesinnten gemeinsam alles zu tun, damit sich in der Partei auch zukünftig diejenigen durchsetzen, die dafür stehen, dass die LINKE niemals JA sagt zu Kriegseinsätzen.

Ich begrüße die Erklärung des Bundessprecherrates der KPF, in der es heißt: „Auf der Welle der Hoffnungen unserer Wählerinnen und Wähler wollen manche 2013 in die Bundesregierung“. .. Und weiter: „Die KPF erklärt ohne Wenn und Aber: Einen solchen Schwenk würden Kommunistinnen und Kommunisten in der Linken nicht mit vollziehen“. Am 6. Juli 1899 schreibt Rosa Luxemburg in der „Leipziger Volkszeitung“ im Artikel „Eine taktische Frage“: „In der bürgerlichen Gesellschaft ist der Sozialdemokratie dem Wesen nach die Rolle einer oppositionellen Partei vorgezeichnet, als regierende darf sie nur auf den Trümmern des bürgerlichen Staates auftreten.“ Ich glaube, dass die Entwicklung in den Industriestaaten Westeuropas in den letzten 110 Jahren eindrucksvoll gezeigt hat, wie Recht Rosa Luxemburg gehabt hatte.

Sozialismus bedeutet für den Kapitalisten Verlust eines Privilegs, Verlust des Monopols, aus anderer Leute Arbeit Gewinn zu erzielen. Der Kapitalist ist kein Arbeitgeber, sondern ein Vampir, der den Berufstätigen aussaugt. Wer Arbeit hat, ist fast immer bereit, viele Unrechtmäßigkeiten hinzunehmen, um die Stelle nicht zu verlieren. Die Angst sitzt ihm im Nacken, Wenn wir von einer zukünftigen Entwicklung sprechen, dann darf Sozialismus so wie die kommunistische Gesellschaft nicht ausgeklammert werden. Der Weg dorthin ist mühsam, er muss immer wieder kritisch hinterfragt werden entsprechend unserer konkreten Erkenntnisse. Ich war Kommunist und ich bin den Idealen des Kommunismus treu geblieben. Deshalb freue ich mich auch, dass es in der Partei DIE LINKE die kommunistische Plattform gibt

*Moritz Mebel, 1923 in Erfurt geboren, musste 1932 mit seiner Familie nach Moskau emigrieren. Er kämpfte von 1941 bis Kriegsende in der Roten Armee. 1977 erfolgte die Berufung zum Ordentlichen Professor für Urologie an der Charité in Berlin. Im gleichen Jahr nahm er seine Tätigkeit als Leiter der Abteilung für Organtransplantation an der Charité auf. Von 1983 bis 1990 war er Vorsitzender der DDR-Sektion der IPPNW (Ärzte der DDR zur Verhütung eines Nuklearkrieges). 1988 erfolgte seine Emeritierung.*